

# Volksrecht

für Schlessen

Den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in der Ausgabe der „Volksrecht“ Neue Spannenstraße Nr. 5, durch die Zweig-Verlagsanstalt Kretschmer, Matthisstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 3 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141.  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5652.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 7 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Gegen die Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung.

Eine Breslauer Rede des Abg. Dr. Paul Herz.

Auf der Sozialdemokratischen Bezirkskonferenz für Mittel- und Ostpreußen in Breslau, die am 10. Juli im Hotel „Europa“ stattfand, hielt der bekannte sozialdemokratische Finanzpolitiker, Abgeordnete Dr. Paul Herz, eine Rede über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Rechtsregierung, in der er unter anderem folgendes ausführte:

Seit dem Regierungseintritt der Deutschen Nationalen ist der ungehörigste große Umschwung ausgebrochen. Auch die Angriffe der deutschen Nationalen Presse gegen den jetzigen Ministerpräsidenten sind nur als Scheingefecht für die unglücklichen Anhänger aufzufassen. Wichtiger als die Außenpolitik der Rechtsregierung ist die Innenpolitik, die die Reparation und die dadurch bedingte Umgestaltung der Wirtschaft, die sich nicht vollzieht.

Die Voraussetzungen für unseren Kampf zur Besserung der Lage der breiten Massen sind zur Zeit nicht besonders günstig. Das wirtschaftliche Verhängnis hat sich über die Inflation abgenommen, die Teilnahmslosigkeit ist groß, und dadurch ist ja überhaupt ein so unerhörter Versuch möglich geworden, jetzt in wenigen Wochen die wichtigsten handelspolitischen und finanzpolitischen Entscheidungen im Reich durchzuführen, um der Sozialdemokratie gar nicht erst Zeit zu lassen, die Schwächen und Lücken aufzudecken. Die wirtschaftliche Lage vorübergehend durch den Zutritt ausländischer Kapitalien entspannt, was in gleicher Richtung wäre. Tatsächlich ist uns die volle Auswirkung der technischen Rückständigkeit und der Organisationsmängel der Wirtschaft nicht absehbar. Unsere Vorkämpfer liegen über denen des Auslandes. Eine Verbesserung der Wirtschaft ist uns sicher. Die Rückständigkeit der Wirtschaft ist vor allem eine Folge der Konjunktur und des Einflusses der Kartelle. Sie wird aber benutzt, um größte Schonung für die Industrie bei den Reparationsleistungen zu fordern.

Die Steuererlässe der Reichsregierung werden im Reichstag nicht erheblich verändert werden. 1924 brachte bereits Arbeit und Verbrauch rund 70 Prozent der Reicheinnahmen auf. Kein Land der Welt hat zurzeit eine so hohe Belastung des Arbeitervolkstums, eine so niedrige des Reiches. Trotzdem soll es noch immer kommen! Eine entscheidende Maßnahme zur Herabsetzung der Steuerlast der bestehenden Klassen wie die Offenlegung der Steuerlisten ist uns immer wieder abgelehnt worden. Die Verflüchtigung eines Teiles der Inflationsgewinne durch die Deflation rechtfertigt in den Augen der bürgerlichen Politiker die Ablehnung jeder von uns geforderten Herabsetzung der Inflationsgewinne. Einige bedenkliche Erleichterungen bei der Lohnsteuer haben wir durchsetzen können. Aber zum Beispiel von der nachträglichen Erstattung ungetragener Lohnabgaben wird viel zu wenig Gebrauch gemacht. Unerhörte neue Belastungen mühen jetzt die Reichsregierung dem Verbrauch zu. Das Salz für den Reichtum soll sich dem Reichtum höher besteuert werden als bisher, die Einkommensteuer soll mit 250 Millionen Goldmark zehnmal so viel erheben als die Körperschaftsteuer. Mit 10% Weniger wird sie aber dem Staat zufließen. Die Reparationsleistungen werden durch diese Verbrauchsbesteuerung übrigens freiwillig von den deutschen Reichsparteien erhöht, da sie vom Ertrag der Verbrauchssteuer abhängen. Die weitere Herabsetzung der Einkommens- und Vermögenssteuer der reicheren Bevölkerungsteile werden schon jetzt dadurch vorbereitet, und das ist ihnen die Hauptsache.

Der Redner geht dann auf die an anderer Stelle unseres Blattes berichteten Ausschlußbeschlüsse über die Hauszinssteuer ein, die Mindestmiete vom 1. April an auf 20 Prozent festsetzen, tatsächlich aber wohl zu diesem Zeitpunkt bereits von 110 Prozent und mehr herabzuführen. Dadurch wird neuer Wirtschaftskampf um Löhne, Gehälter und Rentenpreise erzwungen. Die Folge ist allgemeine neue Verzerrung der gesamten Produktion, neue Herabsetzung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt!

Auch an den Tarifvertragsverhandlungen wird der Kampf im Parlament leider nicht mehr viel ändern können. Nur zwei Deutsche Nationalen dürfen nicht dafür stimmen: der Abg. Dr. Steininger, der erklärt hat, daß im Reichstag noch Männer sein müssen, die die Wahlverprechen man noch glauben könne, und der bismarckische Minister und Abgeordnete Bagille aus Angst vor seinem Landsmann Keil. Auch die Wirtschaftspartei ist nicht für die Aufwertungsvorlage in der Ausschussarbeit zu haben, nachdem die Hausbesitzer in den Mietserhöhungen einen „Ausgleich“ erhalten haben. Dieser Ausgleich erhöht durch die Herabsetzung der alten Schulden und die Herabsetzung der Rentabilität gegenüber dem Frieden den Wert des deutschen Hausbesitzes ungewöhnlich. Hoffentlich schlägt ihn 1913 auf 80 Milliarden Goldmark und die damalige Hypothekendarlastung auf 70 Milliarden. Diese Hypothekendarlastung ist jetzt auf weniger als 20 Milliarden herabgesetzt, der verbleibende Eigenbesitz durch die großzügige Herabsetzung der Regierungsparteien auf Kosten der Mieter von 10 auf rund 50 Milliarden erhöht. Ein sozialdemokratischer Versuch, auf diesen Wertzuwachs eine Sicherungsmöglichkeit des Reiches einzufordern, wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das Zentrum ist jetzt durch Stützungen seines alten Mittels und außerparlamentarische Maßnahmen mindestens so an die Spitze der Rechten gelangt, wie in früheren Jahren an die Spitze der Sozialdemokratie. Die Rechten sind jetzt in der Lage, auch die wirtschaftspolitische der Rechten eine Rangstufen nach der anderen zu machen.

Das Ziel ist es auch in der Zollvorlage. Über die für die deutsche Wirtschaft ein vernichtendes Urteil fällt.

Sachlich haben selbst Reichsverband der deutschen Industrie und Deutscher Landwirtschaftsrat den Abbau der Zollmauer empfohlen, wenn er nur für Industrie und Agrarprodukte gleichmäßig erfolgt. Aber die Schwerindustrie geht über alle anderen Interessen hinweg und sucht ihre gefährdete Stellung zum Schaden der übrigen Volkswirtschaft durch Hochschutzzölle zu sichern, wofür sie den Großagrariern eine Zollerente von über einer Milliarde Goldmark im Jahr als „Gegengleistung“ bietet. Die preisversteuernde Wirkung der Zollvorlage von 1902 ist jetzt in den Arbeiten des Untersuchungsausschusses darüber zweifellos festgestellt. Der Verlust wichtiger Rohstoffquellen in der Zwischenzeit macht Deutschland noch stärker von den Leistungen seiner Fertigfabrikation abhängig. Nur im Falle der Geschlossenheit, der Intelligenz und den Kenntnissen des deutschen Arbeiters hat unsere Wirtschaft einen Vorsprung auf dem Weltmarkt. Die Zollvorlage der Rechtsregierung aber führt zur Ausplünderung des inneren Marktes, wodurch eine künstliche Unterbietung auf dem Weltmarkt finanziert werden soll, die handelspolitisch die übelsten Rückwirkungen gegen uns heraufbeschwört. Die Ueberseefabrikation der Vorkriegszeit hat unsere Konsumwirtschaft nach der Verteuerung der dortigen Produktionsbedingungen und dem Ausfall Rußlands als Exportland gar nicht mehr zu fürchten. Trotzdem werden sogar Mindestzölle auf die Preise vorgeschlagen, die auch durch Handelsvertragsverhandlungen niemals auf Gegenseitigkeit herabgesetzt werden können. Dagegen werden sich jetzt ein Teil der bürgerlichen Parteien, zumal durch eine solche Forderung die Deutschen Nationalen, für die Handelspolitik auch über die Zeit ihrer Regierungstätigkeit hinaus überwinden. Sollten die Mindestzölle fallen, so werden die Deutschen Nationalen, innerhalb der Regierung durch entsprechende Maßnahmen an die Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen die Getreidezölle herabzusetzen.

Der Redner beipflichtet dann die Arbeitslage des Reichstages, die die von der Regierung gewünschte Verabschiedung der Zölle noch im Juli unmöglich mache. Die sozialdemokratische Fraktion sei entschlossen, eine Durchpeitschung mit allen parlamentarischen Mitteln zu verhindern. Allerdings sei eine Opposition wie 1902 schon deswegen nicht mehr möglich, weil sowohl damals wie später, durch die Kommunisten erzwungen, Einschränkungen der Geschäftsordnung erfolgten. Auch heute es noch an der Kampfstimmung der Massen, die außerhalb des Parlaments die Minderheit im Reichstag hart machen könne. Ein Grund zu tatloser Verzweiflung sei aber nicht gegeben. Nach der Zollvorlage von 1902 konnte auch unter Wahlrecht von 1903 in Folge der damaligen Rechtslosigkeit des Volkes, die Tatsachen nicht mehr ändern. Heute haben die Massen die Macht, schlechte Gesetze hinwegzujagen, wenn sie nur wollen! Darum werden wir uns nach der Annahme der Zollvorlage erst recht an die Massen wenden und unsere Agitation nicht erlassen lassen, sondern aufs äußerste verstärken! (Starker einmütiger Beifall.)

### Forderungen der mittelschleischen Sozialdemokratie.

Zur Wirtschaftsverständigung mit Polen. — Gegen die Mietserhöhungen. — Zur Volksabstimmung über die Zollvorlage.

Die getreide Breslauer Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens faßte unter anderem folgende Entschlüsse:

Die Bezirkskonferenz begrüßt den gleichzeitigen Kampf der deutschen und polnischen Sozialdemokratie gegen den Zollkrieg der deutschen und polnischen Regierung. Sie fordert die Reichstagsfraktion auf, mit Entschiedenheit auf die Reichsregierung im Sinne einer Verständigung mit Polen einzuwirken, damit die Forderungen einzelner Interessenten nicht die deutsche Fertigindustrie und die deutsche Verbraucherverzerrung mit polnischen Lebensmitteln und Rohstoffen weiter in bedrohlicher Weise schädigen. Eine solche Verständigung, speziell der schlesischen Fertigindustrie, kann auch mit den Interessen des deutschen Kleinhandels nicht vereinbart werden, dessen Arbeiterschaft in ihrer Existenz nicht noch härter bedroht werden darf.

Berner wurden folgende Entwürfe an den Reichsparteitag angenommen:

1. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Wohnungswirtschaftsfrage über den 30. Juni 1926 hinaus vertagt werden.

2. Die Fraktionen in Reich und Ländern werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Erträge aus der Hauszinssteuer nicht zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs, sondern ausschließlich für die Neubautätigkeit verwendet werden.

3. Alle Parteien, Gruppen und die gesamte Arbeiterbewegung werden aufgefordert, sich gegen eine weitere Verschärfung des Mietgesetzes zugunsten des enteigneten Bauers zu wehren.

Schließlich wurde folgende Aufforderung an die Reichstagsfraktion gerichtet:

Die Bezirkskonferenz mahnt die Reichstagsfraktion, im Falle der Annahme der Sozialdemokratischen Forderungen gegen den Zollkrieg der Reichsregierung, die Aufhebung des Herabsetzungs-Gesetzes in Betreff der Zollvorlage der Zollsenkung des Zollsenkungsgesetzes herabzusetzen.

### Die Rechtsparteien beschließen 100% Mindestmiete ab 1. April.

Die Neue Regelung der Hauszinssteuer im Reichstag. Der Steueraussschuß des Reichstages legte am 10. Juli die Beratung über die Hauszinssteuer fort. Während der Antrag der Regierungsparteien vorlag, daß am 1. April 1926 mindestens die Friedensmiete erreicht werden müsse, beantragten die Sozialdemokraten, daß von diesem Termin ab die gesetzliche Miete nicht die Friedensmiete übersteigen dürfe.

In der Abstimmung stimmten die Demokraten diesem sozialdemokratischen Antrage auf eine definitive obere Begrenzung der gesetzlichen Miete in Höhe der Friedensmiete zu, aber durch die Mehrheit der Regierungsparteien wurde der Antrag abgelehnt.

Besüglich der Vorschriften über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken kam der Ausschuss zu folgenden Beschlüssen:

Die Länder und nach näherer Bestimmung des Landesrechts die Gemeinden erheben von dem bebauten Grundbesitz eine Steuer. Zu dem bebauten Grundbesitz im Sinne dieser Vorschrift gehören auch gewerblich genutzte, sowie landwirtschaftliche Gebäude. Die Länder treffen Bestimmungen darüber, ob und inwieweit landwirtschaftliche Gebäude von der Besteuerung ausgenommen sind. Das Aufkommen der Steuer soll zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden, sowie zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens dienen. Der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dürfen bis zur Erreichung der vollen Friedensmiete nicht weniger als 20 v. H. und nicht mehr als 30 v. H. der Friedensmiete vorbehalten werden. Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete hinaus, so darf von dem Mehrbetrage der Miete höchstens ein Fünftel für den allgemeinen Finanzbedarf beansprucht werden.

Soweit die Steuer nicht gemäß dem Vorstehenden der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs vorbehalten ist, soll sie zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens verwendet werden. Für diese Zwecke müssen zunächst in den zwei Jahren vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1928 jährlich mindestens 15 bis 20 v. H. der Friedensmiete zur Verfügung gestellt werden. Für die spätere Zeit wird der Mindestsatz für diese Zwecke von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats festgelegt.

Die Länder werden ermächtigt, die Mietzinsbildung abweichend von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes zu regeln. Wollen die Länder bei einer solchen Regelung dem bürgerlichen Rechte in anderer Weise abweichen, als dies im Reichsmietengesetz vorgesehen ist, so bedarf es der Zustimmung der Reichsregierung; die Reichsregierung kann insoweit mit Zustimmung des Reichsrats Grundgesetze aufstellen.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieter mindestens 100 Prozent der Friedensmiete betragen. Als Friedensmiete gilt der Goldmarkbetrag des Mietzinses, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war.

Soweit es sich um Eigenhäuser (Wohngebäude) handelt, die nicht oder nur auf Grund behördlicher Maßnahmen vermietet sind, können die Länder eine Minderung der Steuer erheben lassen. Auch können die Länder Bestimmung darüber treffen, inwieweit diese Vergünstigung sich auf Grundstücke erstrecken soll, die in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1918 beletzt worden sind.

Von der Besteuerung sind auszufreien Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Gebäudeteile, wenn der Bau erst nach dem 1. Juli 1918 begonnen ist; es sei denn, daß die Neubauten, Um- oder Einbauten mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln ausgeführt worden sind. Die aus der Besteuerung dieser Neubauten auskommenden Steuerbeträge sind ausschließlich zur Förderung des Wohnungswesens zu verwenden.

Familienhäuser, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig hergestellt und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet waren, sind auf Antrag von der Steuer freizustellen, sofern sie ausschließlich vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden und die Wohnfläche nicht mehr als 70 Quadratmeter beträgt.

Die Länder bestimmen, in welcher Weise und in welchem Umfang hilfsbedürftige Personen, die dauernd oder vorübergehend eine Mietwohnung nicht tragen können, und eine entsprechende Wohnungsänderung nicht vorzunehmen in der Lage sind, unter Mitwirkung der Fürsorgeverbände zu unterstützen und entsprechende Mittel den Fürsorgeverbänden zur Verfügung zu stellen.

Vor dem 1. April 1926 ist rechtzeitig zu prüfen, ob die Steuer von diesem Zeitpunkt an wieder zu erhöhen ist. Nach dem 1. April sind entsprechende Beschlüsse zu fassen und der Reichsregierung zu übermitteln.

Zur Kritik dieser unerwarteten Bestimmung der Mieten, die durch die Minderheiten der Reichsregierung, die sich dem Stand berechneten Hausbesitzer verhalten und heute auf die Höhe des Abgeordneten befallen. Das ist der

Wolan Kätzchen, unter Volaten leben, ihre Kinder in fremde Schulen schicken, das lauter Lumpen aus ihnen würden. Häßliche Kränkchen und andere „Bergelung“ wählen dem Finde...

Die Kätzchen den Berg hinunter, erkläre sie nichts als Dank. Gewollt, mit unbedingter Lust, lag die Stadt am frühen Morgen da und Josia sprach beim Anblicke dieses Maldes...

Wölfling bemerkte sie: es war die allerhöchste Zeit! Hoch konnte er nicht und atemlos den Berg hinunter, der Brücke zu...

Bei den Kotschen blühte an Josia eine Verschönerung der Gasse am Bahnhofsstraße. Gott im Himmel! Dort stand der Zug!

Es stiegen noch ungeführt zweihundert Schritte am Einader entlang bis zur Grube. Sie lag nicht, nein, sie lag. Als sie schon betete beim Bahnhofsgebäude angelangt war...

Die Kinder begannen sich zu drehen, der Koloz legte sich in Bewegung... und ein wackerfüßiger Aufsteig! — — — Die Bediensteten räumten gleich daraus einen vernünftigen, jetzigen Körper aus dem Wege.

Wieviel Zeitschriften erscheinen in Polen? Innerhalb Polens werden 1212 Zeitungen und Zeitschriften gedruckt. Enthalten sind hierin 175 fremdsprachige Blätter...

### Im Speisewagen.

Stiige von Willis Cohn. Mit großer Geduldigkeit kauft der Speisewagen durch das Land. Doch, Stunden gelten vorbei, ohne daß das Auge sie recht in sich aufnehmen kann...

grasche — 6, Kattunen — 2, Chemie und Pharmazie — 7, Lederfabrikation — 2, Zahnheilkunde — 5, Holzindustrie — 2, Elektrochemie — 1, Briemarten — 7, Brennereien — 1, Bergwerke und Hütten — 1, Briemarten — 7, Brennereien — 1, Bergwerke...

Überhalb Polens erschienen 186 Zeitschriften in polnischer Sprache, und zwar in den verschiedenen Sprachen (102), in England, Argentinien, Oesterreich (3), Brasilien (3), China, Tschechoslowakei (1), Frankreich (7), Japan, Sibirien, Deutschland (9) und England (8).

### Methodisches zum neuen Buch

Karl Renner. Renner zeigt uns in seinem neuen Buche nicht, warum im Kapitalismus und gerade im Kapitalismus sich die Krise ergeben muß, sondern er schreit uns in sehr anschaulicher Weise...

„Sied hat sie (die kapitalistische Wirtschaft des Abendlandes — Red.) Millionen Menschen der industriellen Arbeiterarmee, Milliarden Ruoden, Milliarden Geldkapital von den europäischen Märkten, die miteinander in engen Rahmen des Abendlandes die Katastrophe...

Wenn aber der Imperialismus die notwendige Phase des Kapitalismus, wenn, wie Renner selbst schreibt (S. 328), die Samen durch Anlage des Weizen in den Kolonien, zum Nährboden des Imperialismus und zu einer der wichtigsten Ursachen des Weltkrieges werden, dann ist eine Analyse der Sozialisierung vom rein technischen, ökonomischen Gesichtspunkt aus nicht ausreichend...

Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung. J. H. W. Dies (vgl. die Besprechung „Volkswacht“ Nr. 144). Dokumente russischer Menschlichkeit. Franz A. G. Dolgiwsky, Tagebuch. XI+169 Seiten. Smolenski, das Geistes-Tagebuch. 290 Seiten. Berlin 1935, Verlag C. Lang.

Ghe Starb, ein geistig kaum überzogenes Mädchen gewesen, das man nach allem, was über sie bekannt ist — auch nach den von inniger Liebe erfüllten Briefen des Dichters selbst — keine neue Einblende in die Seele ihres großen Gatten zutraut. Über die Einschätzung stellt sich sofort als Vorarbeit heraus, wenn man 20 Seiten in dem neu veröffentlichten Tagebuch gelesen hat...

Weniger sympathisch ist der Schreiber des zweiten Teils, der geistig vorgeleitet zwischen Bekanntnis-Büchsen aus Vertikalen Zeichnungen der Jazzeit, Humorin, der Verleger der größten Betersberger Zeitung, war aus einfachen Kreisen aufgezogen und in der zeitlichen Gewissens, die sein Blatt konsequent...

Beide Bücher gehören zu den interessantesten Zeugnissen russischer Menschlichkeit aus einer Zeit, deren Innenleben nicht plötzlicher durch den Umsturz biologisiert ist, ohne daß es gleichzeitig schon abgehorchen wäre: Zarenkränze und Bolschewiken...

### Fischenbachs Buch.

Felix Fischenbach. Im Haus der Freudlosen. Berlin. „Wißt, daß es Schicksal von Menschen gibt, die zermalmt werden von all dem Leid, der Entseelung und Entwürdigung des Zuchthauses.“

Leist dies Buch und gleitet dann noch gedankenlos über Nachrichten von Justizurteilen in Zeitungen weg, wenn ihr könnt.“

Felix Fischenbach, den der abgründige Haß politischer Gegenstände ein Jahr in das arme Haus der Freudlosen wanderte, gibt seinem Buch dieses Vorwort. In ganz einfach Worten, die aufrühren müssen, wird die unerbore Strafkammer...

Die fürchterliche Nacht im Käfig aus Eisenstangen, wie ein Raubtier, die störrische Langeweile der Beschäftigung Einzelhaft, die den Berurteilten zwingt, abends laut zu lesen, die Sprache nicht zu verlieren und den Klang einer menschlichen Stimme zu hören, dieses qualvolle Wort auf die Freiheit...

Viel Gerechtigkeit, die den Verfasser nach dieser Folter feststellen läßt, daß er doch auch manche Beweis schöner Menschlichkeit in dem düsteren Hause erlebt.

Eine eindringliche Mahnung an das soziale Gewissen, nachdenkliche Kapitel über die lebenslänglich Verurteilten, Ausbruch des Mitemmensens dieses Unschuldigen im Zuchthaus für die „Schuldigen“ Brüder. —

Unser Lesern bereits aus dem Vorabbild mehr Kapitel bekannt.

Bereichtigung. Der Thomas Mann-Artikel unserer Unterhaltungsbeilage enthält einen fälschlicherweise Druckfehler. Im letzten Absatz muß es statt des Satzes: „er bleibt der heißen: „es bleibt der Trost, usw.“

lassen hat, da hier man auch kaum Worte der Unterhaltung. Was erst mit einem fremden Reisenden für die kurze Strecke ein Gespräch entzünden? — Wie interessant, die Geschichte der Reisenden zu hören! Las diesen Raume spricht beiläufige...

einem Male war man sich an dem ganzen Tische einig über Unglaubliches dieses Begehrens. Hatten denn diese Leute kein Verständnis für die Finanzlage des Staates? Wäre gerade der Reiner eine neue Flasche einsteckt, ist man zu Resultat gekommen, daß doch vor allem der Beamte verschwie...

# Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur“, „Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Zeitschrift „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zeitungsvertriebsanstalt „Wartburg“ in Breslau, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6 Goldpfennige, monatlich 1.70 Goldmark, durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5652.

**Anzeigenpreis:** Je 1000 Zeichen für 6 Wochen 10 Goldmark, für 3 Monate 28 Goldmark, für 6 Monate 50 Goldmark, für 1 Jahr 90 Goldmark. Kleinanzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Gegen die Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung.

Eine Breslauer Rede des Abg. Dr. Paul Herz.

Auf der Sozialdemokratischen Bezirkskonferenz für Mittelschlesien hielt gestern im Breslauer Gewerkschaftshaus Abg. Dr. Paul Herz, der bekannte sozialdemokratische Finanzpolitiker, eine Rede über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung, in der er unter anderem folgendes ausführte: Seit dem Regierungseintritt der Deutschnationalen ist der angekündigte große Umbruch ausgeblieben. Auch die Angriffe der deutschnationalen Presse gegen Stresemann sind nur als Scheingefecht für die unzufriedenen Anhänger aufzufassen. Wichtiger als die Außenpolitik ist den Rechtsparteien die Lastenverteilung aus der Reparation und die dadurch bedingte Umgestaltung der Wirtschaft, die sich jetzt vollzieht.

Die Voraussetzungen für unseren Kampf zur Beseitigung der Lage der breiten Massen sind zur Zeit nicht besonders günstig. Das wirtschaftliche Verhängnis hat durch die Inflation abgenommen, die Teilnahmefähigkeit ist groß, nur dadurch ist ja überhaupt ein so unerhörter Versuch möglich, der, jetzt in wenigen Wochen die wichtigsten handelspolitischen und finanzpolitischen Entscheidungen im Reich durchzuführen, um der Sozialdemokratie gar nicht erst Zeit zu lassen, die Schwandenden und Lauen aufzuklären. Die wirtschaftliche Lage ist vorübergehend durch den Zufluss ausländischen Kapitals entspannt, was in gleicher Richtung wäre. Tatsächlich ist uns die volle Auswirkung der technischen Rückständigkeit und der Organisationsmängel der Wirtschaft nicht bewusst. Unsere Kampfrufe liegen über denen des Auslandes. Eine Beseitigung der Wirtschaft ist uns ferner. Die Rückständigkeit der industriellen Organisation ist vor allem eine Folge der Konzentration und des Einflusses der Kartelle. Sie sind aber benutzt, um größte Schonung für die Industrie bei den Steuererhöhungen zu fordern.

Die Steuererhöhungen der Reichsregierung werden im Reichstag nicht erheblich verändert werden. 1924 brachte bereits Arbeit und Verbrauch rund 70 Prozent der Reichseinnahmen auf. Kein Land der Welt hat zurzeit eine so hohe Belastung des Arbeitenden, eine so niedrige des Besitzes. Trotzdem soll es noch schlimmer kommen! Eine entscheidende Maßnahme zur Senkung der Steuerermord der bestehenden Klassen wie die Offenlegung der Steuerlisten ist uns immer wieder abgelehnt worden. Die Befähigung eines Teiles der Inflationsgemeinnutzler die Deflation rasch fertig in den Augen der bürgerlichen Klassen die Ablehnung jeder von uns geforderten Besteuerung der Inflationserträge. Einige der bestehenden Erleichterungen bei der Lohnsteuer haben in der durchgehenden Wonne. Aber zum Beispiel von der nachträglichen Erhöhung ungeschützter Lohnbesitzes wird viel zu wenig Gebrauch gemacht. Unerhörte Neubelastung müht jetzt die Reichsregierung dem Verbrauch zu. Das Salz für den Küchenbrauch soll nochmal höher besteuert werden als bisher, die Untersteuer soll mit 250 Millionen Goldmark zehnmal so viel betragen als die Gewerbesteuer. Mit 10% Steuern wird sie des Pfund Zucker belasten. Die Reparationsabteilungen werden durch diese Verbrauchsbesteuerung übrigens ebenfalls von den deutschen Reichsparteien erzwungen. Die Folge ist allgemeine neue Besteuerung der reicheren Bevölkerungsteile, werden schon jetzt dadurch vorbereitet, und das ist ihnen die Hauptsache.

Der Redner geht dann auf die an anderer Stelle unseres Vortrages berichteten Ausschlußschlüsse über die Hauszinssteuer ein, die Mindestmiete vom 1. April an auf 20 Prozent festzusetzen, teilweise aber wohl zu diesem Zeitpunkt bereits Mieten von 110 Prozent und mehr herbeiführen. Dadurch wird neuer Wirtschaftskampf um Löhne, Gehälter und Rentenpreise erzwungen. Die Folge ist allgemeine neue Besteuerung der gesamten Produktion, neue Herabsetzung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt!

Auch an den Konsumverhältnissen wird der Kampf im Parlament leider nicht mehr viel ändern können. Nur zwei Deutschnationale dürfen sich dafür stimmen: der Abg. Dr. Steininger, der erklärt hat, daß im Reichstag noch Männer sein müssen, an deren Wahlversprechen man noch glauben könne, und der brennbergsche Minister und Abgeordnete Bagille aus Angelt bei seinem Landsmann Reil. Auch die Wirtschaftspartei ist für die Aufwertungsvorlage in der Ausschußform zu haben, indem die Hausbesitzer in den Mietserhöhungen einen „Ausgleich“ erhalten haben. Dieser Ausgleich erhöht durch die Ablehnung der alten Schulden und die Herabsetzung der Rentabilität gegenüber dem Frieden den Wert des deutschen Hausbesitzes unheimlich. Gestrichelt hat ihn 1913 auf 80 Milliarden Goldmark und die damalige Hypothekendarlastung auf 70 Milliarden. Die Hypothekendarlastung ist jetzt auf weniger als 20 Milliarden herabgesetzt, der verbleibende Eigenbesitz durch die großzügige Wertungspolitik der Regierungsparteien auf Kosten der Mieter um 10 auf rund 50 Milliarden erhöht. Ein sozialdemokratischer Versuch, auf diesen Wertverlust eine Sicherungspolitik des Reiches einzuführen, wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das Parlament ist jetzt durch die Einführung eines neuen Werts und außerpolitische Maßnahmen mindestens so an die Spitze der Nation gestellt, wie in früheren Jahren die Blöße der Sozialdemokratie an den Eintritt in die Regierung zu sehen, und es wirtschaftspolitisch der Nation eine Rangstufen zu geben zu machen.

Das ist ja auch in der Zukunft, über die fast die gesamte deutsche Wissenschaft ein vernünftiges Urteil fällt.

Sachlich haben selbst Reichsverband der deutschen Industrie und Deutscher Landwirtschaftsrat den Abbau der Zollmauer empfohlen, wenn er nur für Industrie und Agrarzölle gleichmäßig erfolge. Aber die Schwerindustrie geht über alle anderen Interessen hinweg und sucht ihre gefährdete Stellung zum Schaden der übrigen Volkswirtschaft durch Hochzölle zu sichern, wofür sie den Großagrariern eine Zollrente von über einer Milliarde Goldmark im Jahr als „Gegenteilung“ bietet. Die protektionistische Wirkung der Zollvorlage von 1902 ist jetzt in den Arbeiten des Untersuchungsausschusses darüber zweifellos geklärt. Der Verlust wichtiger Rohstoffquellen in der Zwischenzeit macht Deutschland noch stärker von den Leistungen seiner Fertigfabrikation abhängig. Nur im Reich, der Geschicklichkeit, der Intelligenz und den Kenntnissen des deutschen Arbeiters hat unsere Wirtschaft einen Vorsprung auf dem Weltmarkt. Die Zollvorlage der Reichsregierung aber führt zur Ausplünderung des inneren Marktes, wodurch eine künstliche Unterbrechung auf dem Weltmarkt finanziert werden soll, die handelspolitisch die übelsten Rückwirkungen gegen uns heraufbeschwört. Die Ueberlastung der Vorkriegszeit hat unsere Landwirtschaft nach der Verzeuung der vorkriegsigen Produktionsbedingungen und dem Ausfall Rußlands als Exportland gar nicht mehr zu fürchten. Trotzdem werden sogar Mindestzölle auf die Preise vorgeschlagen, die auch durch Handelsvertragsverhandlungen niemals auf Gegenseitigkeit herabgesetzt werden können. Dagegen wendet sich gegen ein Teil der bürgerlichen Parteien, zumal durch eine solche Festlegung die Deutschnationalen Stellung auf dem Weltmarkt auch über die Zeit ihrer Regierungstätigkeit hinaus hin zu verlieren. Sollten die Mindestzölle fallen, so werden die Deutschnationalen versuchen, innerhalb der Regierung durch entsprechende Weisungen an die Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen die Betriebszölle hochzuhalten.

Der Redner bespricht dann die Arbeitslage des Reichstages, die von der Regierung gewünschte Beratung der Zölle nicht im Juli unmöglich mache. Die sozialdemokratische Fraktion sei entschlossen, eine Durchbrechung mit allen parlamentarischen Mitteln zu verhindern. Allerdings sei eine Obstruktion wie 1902 schon deswegen nicht mehr möglich, weil sowohl damals wie später, durch die Kommunisten erzwungen, Einverständigungen der Geschäftsordnung erfolgten. Auch heute sei es noch an der Kampfstimmung der Massen, die außerhalb des Parlamentes die Minderheit im Reichstag stark machen könne. Ein Grund zu tatloser Verzweiflung sei aber nicht gegeben. Nach der Zollvorlage von 1902 konnte auch unser Wahlrecht von 1903 infolge der damaligen Rechtslosigkeit des Wotzes, die Tatsachen nicht mehr ändern. Heute haben die Massen die Macht, solche Gelehe hinwegzusetzen, wenn sie nur wollen! Darum werden wir uns nach der Annahme der Zollvorlage erst recht an die Massen wenden und unsere Agitation nicht erschrecken lassen, sondern uns anerkennen lassen! (Starker einmütiger Beifall.)

### Forderungen der mittelschlesischen Sozialdemokratie.

Für Wirtschaftsverständigung mit Polen. — Gegen die Mieterhöhungen. — Für Volksabstimmung über die Zollvorlage.

Die gestrige Breslauer Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens faßte unter anderem folgende Entschlüsse:

Die Bezirkskonferenz begrüßt den gleichzeitigen Kampf der deutschen und polnischen Sozialdemokratie gegen den Krieg der deutschen und polnischen Regierung. Sie fordert die Reichstagsfraktion auf, mit Entschiedenheit auf die Reichsregierung im Sinne einer Verständigung mit Polen einzuwirken, damit die Forderungen einzelner Interessenten nicht die deutsche Fertigungsindustrie und die deutsche Verbraucherverzweigung mit polnischen Lebensmitteln und Rohstoffen weiter in bedauerlicher Weise schädigen. Eine solche Schädigung, speziell der schlesischen Fertigungsindustrie, kann auch mit den Interessen des deutschen Rohstoffbergbaus nicht vereinbart werden, dessen Arbeiterschaft in ihrer Existenz nicht noch gefährdet bedroht werden darf.

Ferner wurden folgende Entwürfe an den Reichstagsparteitag angenommen:

1. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Wohnungswirtschaftsgesetze über den 30. Juni 1926 hinaus verlängert werden.
2. Die Fraktionen im Reich und in den Ländern werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Erträge aus der Hauszinssteuer nicht zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs, sondern ausschließlich für die Neubaurückstellungen verwendet werden.
3. Alle Parteigruppen und die gesamte Parteioffenheit werden aufgefordert, sich gegen eine weitere Erhöhung des Mietzinses zugunsten der enteigneten Hausbesitzer zu wehren zu lassen.

Schlüssig wurde folgende Aufforderung an die Reichstagsfraktion gerichtet:

Die Bezirkskonferenz wünscht die Reichstagsfraktion, im Falle der Annahme der Sozialdemokratischen Vorlage, gegen den Beschlüssen der Reichsregierung, die Herabsetzung der Bekämpfung des Schalles zu beantragen und die die Sozialdemokratische Partei zu unterstützen beizubehalten.

### Die Rechtsparteien beschließen 100% Mindestmiete ab 1. April.

#### Die Neuregelung der Hauszinssteuer im Hinblick.

Der Steuerauschuß des Reichstages legte am 1. April 1926 mündlich die Friedensmiete erreicht werden müsse, beantragen die Sozialdemokraten, daß von diesem Termin ab die gesetzliche Miete nicht die Friedensmiete übersteigen dürfe.

In der Abstimmung stimmten die Demokraten dem sozialdemokratischen Antrag auf eine definitive obere Begrenzung der gesetzlichen Miete in Höhe der Friedensmiete zu, aber durch die Mehrheit der Regierungsparteien wurde der Antrag abgelehnt.

Begünstigt der Vorschriften über den Wertungsausgleich bei bebauten Grundstücken kam der Ausschluß zu folgenden Beschlüssen:

Die Länder und nach näherer Bestimmung des Landesrechts die Gemeinden erheben von dem bebauten Grundbesitz eine Steuer. Zu dem bebauten Grundbesitz im Sinne dieser Vorschrift gehören auch gewerblich genutzte, sowie landwirtschaftliche Gebäude. Die Länder treffen die Bestimmungen darüber, ob und inwieweit landwirtschaftliche Gebäude von der Besteuerung ausgenommen sind. Das Einkommen der Steuer soll zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden, sowie zur Förderung der Bauwirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens dienen. Der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dürfen bis zur Erreichung der vollen Friedensmiete nicht weniger als 20 v. H. und nicht mehr als 30 v. H. der Friedensmiete vorbehalten werden. Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete hinaus, so darf von dem Mehrbetrage der Miete höchstens ein Fünftel für den allgemeinen Finanzbedarf beansprucht werden.

Soweit die Steuer nicht gemäß dem Vorstehenden der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs vorbehalten ist, soll sie zur Förderung der Bauwirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens verwendet werden. Für diese Zwecke müssen zunächst in den zwei Jahren vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1928 jährlich mindestens 15 bis 20 v. H. der Friedensmiete zur Verfügung gestellt werden. Für die spätere Zeit wird der Mindestsatz für diese Zwecke von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats festgelegt.

Die Länder werden ermächtigt, die Mietzinsbildung abweichend von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes zu regeln. Wollen die Länder bei einer solchen Regelung vom bürgerlichen Rechte in anderer Weise abweichen, als dies im Reichsmietengesetz vorgehoben ist, so bedarf es der Zustimmung der Reichsregierung; die Reichsregierung kann inwieweit mit Zustimmung des Reichsrats Grundzüge aufstellen.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens 100 Prozent der Friedensmiete betragen. Als Friedensmiete gilt der Goldmarkbetrag des Mietzinses, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war.

Soweit es sich um Eigenhäuser (Wohngebäude) handelt, die nicht oder nur auf Grund behördlicher Maßnahmen vermietet sind, können die Länder eine Minderung der Steuer eintreten lassen. Auch können die Länder Bestimmungen darüber treffen, inwieweit diese Vergünstigung sich auf Grundstücke erstrecken soll, die in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1918 belastet worden sind.

Von der Besteuerung sind auszuschließen Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Gebäudeteile, wenn der Bau erst nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden ist; es sei denn, daß die Neubauten, Um- oder Einbauten mit Mitteln aus öffentlichen Mitteln ausgeführt worden sind. Die aus der Besteuerung dieser Neubauten aufkommenden Steuerbeiträge sind ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbau zu verwenden.

Einfamilienhäuser, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig hergestellt und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet waren, sind auf Antrag vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden und die Wohnfläche nicht mehr als 70 Quadratmeter betragen.

Die Länder bestimmen, in welcher Weise und in welchem Umfang hilfsbedürftige Personen, die dauernd oder vorübergehend eine Mietwohnung nicht tragen können und eine entsprechende Wohnungsänderung nicht vorzunehmen in der Lage sind, unter Mithilfe der Fürsorgebehörde zu unterstützen und entsprechende Mittel den Fürsorgebehörden zur Verfügung zu stellen.

Vor dem 1. April 1926 ist rechtmäßig zu prüfen, ob die Steuer von diesem Zeitpunkt an weiter zu erheben ist.

Zur Kritik dieser unerhörten Belastung der Massen, die durch die Inflation herbeigeführt worden ist, wird die Reichsregierung aufgefordert, die Maßnahmen zur Herabsetzung der Mieten zu beantragen und die die Sozialdemokratische Partei zu unterstützen beizubehalten.

Die Gefahr der Kartellpolitik.

Auseinanderziehung zwischen Schwerindustrie und Fertigungsindustrie im Zollausgleich.

Die Fortsetzung der am Freitag begonnenen Generaldebatte über Eisen und Eisenwaren im Zollausgleich wurde zu einer interessanten Auseinandersetzung der verschiedensten Interessengruppen.

Gewisse Hysterie unterzog bei dieser Gelegenheit die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlung und die Bemühungen der deutschen und französischen Schwerindustrie, zu einem privaten Handelsvertrag zu kommen, einer gründlichen Kritik.

Die Fortsetzung der am Freitag begonnenen Generaldebatte über Eisen und Eisenwaren im Zollausgleich wurde zu einer interessanten Auseinandersetzung der verschiedensten Interessengruppen.

Die Fortsetzung der am Freitag begonnenen Generaldebatte über Eisen und Eisenwaren im Zollausgleich wurde zu einer interessanten Auseinandersetzung der verschiedensten Interessengruppen.

Ein deutsch-französisches Saargebiet.

Die deutsch-französische Wirtschaftssperre haben in letzter Stunde doch noch zu einem Ergebnis geführt, wenngleich es den Delegationen nicht gelungen ist, nach nur ein Handelsprotokoll zu bringen.

Antwort der deutschen Wirtschaftsunterhändler an Polen.

M.B. meldet: Die polnische Delegation hatte, wie am 9. Juli mitgeteilt wurde, in ihrer Antwort an die letzten deutschen Vorläufe zum vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen ihre schon früher gestellten Forderungen, welche deutschseits als unannehmbar bezeichnet worden waren, in vollem Umfange aufrechterhalten.

M.B. meldet: Die polnische Delegation hatte, wie am 9. Juli mitgeteilt wurde, in ihrer Antwort an die letzten deutschen Vorläufe zum vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen ihre schon früher gestellten Forderungen, welche deutschseits als unannehmbar bezeichnet worden waren, in vollem Umfange aufrechterhalten.

Obstruktion gegen das polnische Agrargebiet.

Aus Warschau wird gemeldet: Nachdem wochenlang über die einzelnen Artikel des Agrarreform-Gesetzes debattiert worden ist, sollte es zur Abstimmung kommen. Schon von Anfang an protestierten die Mitglieder der Partei der Rechtsbauern „Wzrostowie" lauthallend gegen den Berichterstatter Rakuski, der in eine recht unangenehme Schiedsgerichtliche von liquidiertem Land verwendet gewesen war.

Caillaux macht seine Finanzpolitik mit der Rechten gegen die Linke.

Paris, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Fortsetzung der Budgetberatungen, die am Sonntag, einschließlich der Kredit vom Montag, stattfand, hat namentlich zum Bruch zwischen dem Ministerium Painlevé und einem großen Teil seiner bisherigen Mehrheit geführt.

Sozialisten und der Mitte die gesamte Rechte. Dieses bedeutet nicht nur den offenen Bruch zwischen dem Minister Painlevé und der Mehrheit, aus der es hervorgegangen ist, sondern auch das Ende des Links-Kartells, an dessen Zerfall neben der Marokko-Politik Painlevés vor allem die ausgeprägtere platonische Finanzpolitik von Caillaux die Schuld trägt.

Neuer Ueberfall auf das Reichsbanner in Bayern.

München, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsbanner hatte für heute einen gemeinsamen Ausflug dem Ammersee vereinbart. Die einzelnen Kameradschaften öffentlichten in der Presse ihre Dispositionen für diesen Tag.

Die Durchführung des Grundschulgesetzes in Preußen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Entschieden der Erklärung des Kultusministers am 2. Juli d. J. im Preussischen Landtag hat der Minister durch einen Erlass vom 7. Juli d. angeordnet, daß auch die wegen fertiger Schulen vom Grundschulgesetz befreiten Kinder unter den gleichen Bedingungen die Schüler der Grundschule schon nach dreijähriger Schulpflicht zugewiesen werden können.

Für das Genfer Protokoll!

Die Marburger Tagung des Weltverbundes der Völkerverbände hat ihre Beratungen beendet. Eine Resolution, die angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Völkerverbände des Weltverbundes der Völkerverbände sind der Meinung, daß das Genfer Protokoll, in jedem Staat zur Unterzeichnung offen steht, bedauerlicherweise von der Völkerverbandsversammlung angenommen worden ist.

Die Frage der Ausarbeitung eines wirksamen Vagantengesetzes der Kinderarbeit wurde auf die nächste Tagung des Völkerverbandes im Oktober d. J. in Lausanne festgesetzt.

Der Verein Deutscher Zeitungsbesitzer hielt am Sonntag in Königsberg seine 31. Hauptversammlung ab.

Ein Vortrag Dr. Gedeners fand bei der Versammlung statt. In Vertretung des Verbands befand sich der Vorsitzende, Kommissionsrat Krumpholtz, unter anderem mit dem Hauptreferat über die Pressefreiheit.

Der Fall Robert Robertson.

Roman von Georg Elze.

Man würde der alten Pöbel habhaft, die für Frau Merete in der Bayener Straße den Pöbel gefüßt hat. Sie war nach dem Tode ihrer Schwester zurückgeblieben.

Die Polizei verurteilt dieses fremde Herr habhaft zu werden, doch glückte es ihr nicht.

Wichtig: warum waren diese beiden ermordet worden und wer war der ursprüngliche Mörder?

Die die amnestierten Fragen beschäftigten lange die Reporter der Szene, und schließlich mußte die Polizei bekennen, daß es ihr unmöglich sei, diese Fragen zu beantworten.

Die die amnestierten Fragen beschäftigten lange die Reporter der Szene, und schließlich mußte die Polizei bekennen, daß es ihr unmöglich sei, diese Fragen zu beantworten.

Die die amnestierten Fragen beschäftigten lange die Reporter der Szene, und schließlich mußte die Polizei bekennen, daß es ihr unmöglich sei, diese Fragen zu beantworten.

Die die amnestierten Fragen beschäftigten lange die Reporter der Szene, und schließlich mußte die Polizei bekennen, daß es ihr unmöglich sei, diese Fragen zu beantworten.

gangen waren, blieb er noch eine Weile an seinem Tisch sitzen, sagte ab und zu zu mir hinüber, während er an seiner Zigarette fauchte, und trat schließlich mit einigen verbindlichen Worten an meinen Tisch.

„Wie denken Sie über dies Drama?" fragte er. „Klassisches Drama?"

„Wie denken Sie über dies Drama?" fragte er. „Klassisches Drama?"



Stadt-Theater.

Wiener Burgtheater-Gastspiel am Sonnabend und Sonntag. Was das Wiener Burgtheater uns am Sonnabend vorzeigte, „Unterwegs“, ein Don Juan Drama von Thaddäus Rittner...

die Bergewaltige, die in Demut übergeht. Susanna, die Frau des Sekretärs, Rosa Albach-Ketty und Diez, die Gärtnerin...

der Regie von Brahm ausgezeichnet. Rosa Albach-Ketty unterstützte den Autor mit persönlichem Charme.

Bereinstellender.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (früher D. E. D.) Dienstag, den 14. Juli, abends 7 Uhr.

Victoria Theater im Garten. Internationale (czech as czech can) Ringkampf-Konkurrenz. Jeder tritt erlaubt. Im Saal: Film-Vorführung: Das geheimnisvolle Haus.

Familien-Anzeigen

Verspätet! Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Am 8. Juli 1925 verstarb unser Kollege Wilhelm Bantke...

Deutscher Textilarbeiter-Verband. Am Freitag, den 10. Juli, starb unser Mitglied, die Schneiderin Anna-Kirschner...

Am 11. Juli starb nach langen Leiden unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau Elise Rommel...

Stadt-Theater. Ensemble-Gastspiel von Mitgliedern des Wiener Burgtheaters. Montag, 13. Juli, 8 Uhr: „Hans Nisko“...

Schauspielhaus Operettenbühne. Täglich 8 Uhr: Seemannsgastspiel des Wiener Komiker-Theaters. „Hallo! Hallo!“

Schneekoppen-Eis. ist köstliches Speise-Eis in feinsten Schokolade eingeschlossen. Schneekoppen-Eis - stundenlang in festem Zustand. Schneekoppen-Eis - und bürgen für beste Qualität.

Ausschneiden! Aufbewahren! Volkswohl-Bund. Allgemeiner Bestattungs- u. Versicherungsverein a. G. Bundesdirektion: Berlin S. W. 19, Niederwallstraße 21 (Spittelmarkt).

St. Hubertus-Festsäle empfiehlt separat teils, Vereinszimmer u. Saal für Vereine u. Festlichkeiten. Sonntag und Dienstag öffentlicher Tanz.

Der Arzt, die Mutter - beide wissen, dass Opel kann das Kind. Dem Opel-Strafwerk ist die unvermeidliche Gefahr einer Überdosis...

Direkt aus Fabrik ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für Mk. 230 per Liter. Alten Breslauer 35% Edel-Liköre 320 360 per Liter.

Druderei Volkswacht. Ausführung aller Drucksachen. Breslau 2, Jurstraße 4-6.

Die Versicherungen gegen Feuer, Diebstahl, Hagel und sonstige Unfälle. Pfänder - Auction. 17. Juli im Leihhaus...

Herrn- u. Damenräder. auch auf Teilzahlung, gibt ab Federabhandlung, Preis Neumarkt 36 und Schwendelstraße 7.

Magerkeit wirkt unschön. Schöne volle Körperformen durch unser „Negro-Kraftpulver“ in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme.

Arbeitsmarkt. Besterer erfahrener Wagen-Lastierer als Metzler in Dauerstellung gesucht.

Junger Mann, 22 J., der sich vor feiner Arbeit freut, sucht Beschäftigung, ganz gleich welcher Art.

Kleine Anzeigen. sind kompakt gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkauft, Käufern u. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., Bild 4 Pfg.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftsbund, Zimmer 36

Direkt 24. Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr: Außerordentliche Bezirksversammlung im Lokal „Am Schwanfeld“.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Juli.

Ein Vormittag beim Beleidigungsrichter.

Selten nur findet sich ein Berichterstatter zu diesen Verhandlungen ein, denn es gibt hier nichts Besonderes für den Reporter, kein Vergehen gegen Leib, Leben und Eigentum, keine feiner Sentenzen, die höchst mündgerecht gemacht, dem Verurteilten überdrüssig und Interessantes „aus aller Welt“ künden.

Freilich dem unbeteiligten Zuhörer ist oft Stoff lustiger Betrachtungen, was für die Beteiligten wichtige Herzensbegegnungen sind. In dem im Wassergraben, aber Ansehen, Reputation bei den Hausbesitzern hängt davon ab, ob sie sich als Geringfügige oder als Angehörige des Demosthenes bezeichnen lassen.

Die Zeit im Saale wird während schlechter, ohnehin der dienliche, Aufmerksamkeiten der eifrigen jede Pause zur Rastung ausnützt. Unendlich oft erheben sich alle Anwesenden beim Akt der Eidesleistung.

vier Stunden Verhandlung mit anderthalb Duzend Zeugen. „Bei Gott“, ich habe damals um 1/2 Uhr morgens das und das gesehen und gehört... Die gemachten Aussagen können gar nicht widerspruchsvoller sein.

Zunahme der Erwerbslosigkeit auch in Breslau.

Im Juni ist die Zahl der Arbeitssuchenden von 18 885 auf 19 717 gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen 248 Arbeitssuchende, gegen 245 im Vormonat.

Breslauer Bevölkerungsbewegung im Juni.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Mai auf 574 994 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Juni nach der Fortschreibung zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugewandenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgezogen werden.

Eine Erinnerung.

Mit den in diesen Tagen zur Umlegung gelangten Fahnenmasten auf dem Schloßplatz hat ein Stück alt-wilhelmianische Zeit aufgehört zu sein. An diese beiden eisernen Träger, die scheinbar gleich dem alten Deutschen Reich glaubten, allen Gefahren zu trotzen, im Innern aber hoch und morisch geworden waren, knüpfte sich eine Episode aus den Novembertagen 1918, die nicht vergessen werden darf.

Deutschnationale „Berichterstattung“.

Die „Schlesische Zeitung“ bringt in ihrer Sonnabendnummer einen Artikel, der unserer Reichsdemonstration vom vorigen Donnerstag gilt. Der Kollaborator, an dem die Redaktion dieses Kappbattes besonders stark leidet, hat sie natürlich an unseren in dem Demonstrationstage mitgeführten roten Fahnen den üblichen Anstoß nehmen lassen.

Erbauliches aus dem Reichsentwicklungsamt.

Das Flüchtlingsstreifen schreibt man aus: Während im Reichstag Kämpfe um Steuern und Zoll toben, führt manch kleiner Mann in seinem Städtchen seinen Kampf ums Dasein. Ganz besonders schimmern gestellt sind hierbei die vielen mitverarmten Kleinrentner aus dem ehemals reichsbesetzten Gebieten.

Über den Reichsentwicklungsamt.

Es soll lobend anerkannt werden, daß einige der Beamten des Reichsentwicklungsamtes resp. dessen Breslauer Zweigstelle sich die verdienstliche Mühe geben, das Flüchtlingsleben zu fördern und auch im Umgang mit dem Publikum sich einer der Bescheidenheit nicht ungewöhnlichen Höflichkeit bedienen.

ganze drei Anträge erledigt hat, wohingegen andere, das gleiche Ressort bearbeitende Herren, im Verlaufe eines Monats etwa hundert Anträge erledigten.

Neben jedem Gesetz und jeder Verordnung gibt es noch Ausführungsbestimmungen hierzu. Diese, man sollte eigentlich meinen alle, dieser Ausführungsbestimmungen sind amtlich, viele aber werden von dienstfertigen Beamten, wie Regierungsrat v. d. Bede, nach eigenem Gutdünken amtlich ausgelegt und nach freiem Belieben ergänzt.

Der Flüchtlingsrat, der einen allpreussischen Deputationen gegen wieder einmal hören möchte, braucht sich nur an diesen Regierungsrat zu wenden. Die in dessen Amtszimmer für das Publikum bestimmten Stühle werden selbstverständlich dem Publikum nicht angeboten, sondern sind für die besagten Rechnungsräte bestimmt.

Herr Präsident Diebermann! Als Leiter der Breslauer Zweigstelle des Reichsentwicklungsamtes: Es ist höchste Zeit, daß mit Beamten, wie dem Regierungsrat v. d. Bede, Kleingärtig ausgeräumt wird, sonst dürfte mancher Flüchtling, dessen Antrag seit Jahren auf dem Reichsentwicklungsamt ruht, die Erledigung seines Antrages nicht mehr erleben.

An alle, die es angeht.

Die letzte Nummer der „Konjunktionsgesellschaftlichen Rundschau“ enthält folgende Zeilen: „Es ist bedauernd, wenn man bei Untersuchung darüber, wer von den Gewerkschaftsmitgliedern Käufer in der Genossenschaft ist und wer nicht, die Feststellung machen muß, daß leider mindestens die Hälfte der Gewerkschaftler nicht Genossenschaftler ist oder aber, wenn sie es sein sollten, zu den Papiergenossen gehören, die uninteressante Bewegung mehr haben als Nutzen.“

Vom Lebensmittelmarkt.

Die unglaubliche Lebensmittelerhöhung, die sich von Tag zu Tag fühlbarer macht, verdammt Tausende unserer Volksgenossen dazu, eines langsamen Hungertodes zu sterben. Fleisch und Butter haben fast unerschwingliche Preise, und auch die Getreide, die immer noch ein billiges Nahrungsmittel waren, beginnen langsam teurer zu werden, denn es ist ja immer so auf dem Lebensmittelmarkt gewesen, ein Stein schiebt den andern.

Wie schon erwähnt, wurde das Fleisch, vornehmlich das Schweinefleisch, noch teurer. Für Rindfleisch mit Knochen zahlt man 1-1,30 Mark, für Hammelfleisch 1-1,25 Mark und für Kalbfleisch 1-1,30 Mark. Auch das Geflügel-Fleisch erfährt eine unangenehme Preissteigerung, so daß man hier für das Pfund Gansfleisch 70 und 80 Pf. zahlen muß.

Der Gemüsemarkt gibt sich Mühe, seine Preise einigermaßen der schlechten wirtschaftlichen Lage anzupassen. Das billigste sind noch immer die Okererüben, aber auch die Mohrrüben wurden groß und billig, das Bündel wird mit 10 Pf. oder auch zwei Bündel mit 15 Pf. verkauft.

Der Obstmarkt ist stiller als der bisherige Obstmarkt. Die ersten Falkäpfel und kleinen Birnen an. Die Kirchgartenapfelschnecken kosten 15 und 40 Pf. Saure Äpfel und Einlegäpfel kosten 10 Pf. Das Pfund Bonen und Blaubeeren wird ein großer Teil weggelassen und ansehnlich, weil sie nicht schnell genug verkauft werden.





# Die Rechtlosigkeit in Sowjetrußland.

Der Vorsitzende des russischen Eisenbahnerverbandes, A. N. Borhandmitglied des Zentralrates der russischen Gewerkschaften, einer der Sekretäre der Zentrale der Kommunistischen Partei Rußlands, hielt vor einiger Zeit in einer Sitzung des erweiterten Vorstandes der Eisenbahner einen Vortrag über die gegenwärtige Lage und die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften. Am 2. April ist der Vortrag im dem vom Eisenbahnerverband herausgegebenen Tageblatt erschienen; die Nummer der Zeitung wurde aber sofort beschlagnahmt, der Einlagebogen mit der Rede Andrejews herausgenommen und zerstört und erst dann die Zeitung zur Veröffentlichung ausgegeben. Der Vortrag Andrejews wurde dann freigegeben und am 3. April in einer neuen Fassung in derselben Zeitung veröffentlicht. Andrejews Ausführungen in ihrer ursprünglichen Fassung sind aber doch in Verkehr gelangt.

„Ich habe genügend Beobachtungen gemacht, wie man die Verhältnisse und die Leiter der Versammlungen in den Werksstätten wählt. Wer wird als Vorsitzender der Versammlung gewählt? Die höchsten Beamten des betreffenden Gouvernements oder Orts; der Sekretär des Gouvernementskomitees, der Vorsitzende des Verbandeskomitees, der Sekretär des Betriebskomitees, des Zentralkomitees usw., hat das man einen geeigneten Arbeiter mit eigener Initiative wählt. Welcher Arbeiter wird nun auf die Tribüne rufen, wenn er heißt, daß hochgeachtete Personen am Vorstandssitzung sitzen? Unsere Gewerkschaften übersehen dies und glauben, daß darin die Lösung der breiten Masse liegt.“

„Sehr häufig lassen sich andere Gewerkschaftsfunktionäre der Durchführung ihrer Aufgabe in den Generalversammlungen nicht davon leiten, daß diese Versammlungen von der Masse verlassen und ihr erläutert werden, für sie ist die Mehrheit der Beschlüsse maßgebend, daß ihr Antrag, seine es was es ist, durchgedrückt wird, und deshalb fürchten sie vor allem die schärfste Erklärung. Aus diesem Grunde ist die einseitige Annahme dieser Anträge oder dieser Listen bei den Versammlungen nur eine einfache Formalität und keineswegs ein Beweis für die Anteilnahme der breiten Massen an diesen Versammlungen.“

Es ist aber besonders interessant festzustellen, was in der Fassung der Rede Andrejews unterdrückt ist und worüber wichtiger Gewerkschaftsführer, mag er selbst einer der Gewerkschaften kommunistischen Zentrale sein, öffentlich nicht frei reden zu dürfen:

„Meiner Auffassung nach müssen wir offen anerkennen, daß auf unseren Eisenbahnen beim Abbau der Angehörigen und Beamten und bei Entlassungen aus diesen oder jenen Gründen einfach unerhörte Zustände herrschen. Ich kenne Fälle, wo Leute entlassen wurden, weil sie keine Mitgliedsbeiträge für die Kasse trugen, und ähnliche sinnlose Fälle mehr. Deshalb glaube ich, daß 50 v. H. der Schuld an diesen unerhörten Zuständen der Rechtlosigkeit des Verbandes zuzuschreiben sind.“

Scharf geteilt der Redner den Forderungen, der systematisch gegen den Verbandsrat geführt wird und in unangenehm fähigen vom Lohn — halb für die „Kasse Kasse“, bald für den Bau der Lokomotiven usw. — seinen Ausdruck findet.

„Nehmen wir nun die Frage der Arbeitslöhne. Ich frage Sie auf Ehre und Gewissen, ob wir wirklich die Arbeitslöhne erhöhen oder den Arbeitern wie in früheren Zeiten ausplündern? Ich bin der Ansicht, daß wir ihn nach wie vor ausplündern. Ich schüttel den Kopf, ich sage aber, daß wir die Arbeiter entweder ausplündern oder bei dieser Ausplünderung mitwirken.“

Der Redner schilderte, wie er es vergeblich versucht habe, die Gewerkschaften durch die Presse zu bewegen, den Bürokratismus in den eigenen Reihen zu bekämpfen.

„Ich habe aus Anlaß dieser Frage einen Artikel in der „Pravda“ veröffentlicht; ich glaube, daß dieser Artikel der Sache einen kleinen Aufstoß geben werde, weil die Frage von aktuellem Interesse ist. Aber bisher hat sich noch keine einzige Organisation an Wert gemacht. Mir ist im Gegenteil ein Schreiben unterdrückt worden, in dem die Redaktion der „Pravda“ zugelandt worden, in dem meinem Artikel zugestimmt wurde.“

Der Redner wies darauf hin, daß die schwere wirtschaftliche Lage der Eisenbahner sie daran hindert, sich an der Tätigkeit des Verbandes aktiv zu beteiligen.

„Die wirtschaftliche Lage des Eisenbahners ist außerdem viel zu schwer, als daß er voll und ganz am öffentlichen Leben teilnehmen könnte. Zu dem niedrigen Arbeitslohn kommt noch die ständige Drohung des Abbaues hinzu.“

Bödig sind diese Sätze allerdings nicht unterdrückt worden. Was ist aber von ihnen in der freieren Fassung geblieben?

„Die wirtschaftliche Lage des Eisenbahners ist noch zu schwer, als daß er sich voll und ganz am öffentlichen Leben beteiligen könnte. Aber diese wirtschaftliche Lage bessert sich und wird sich auch weiter verbessern.“

Charakteristisch ist diese Abmilderung und dieses Zaudern selbst vor der Erwähnung der Tatsache, daß der russische Eisenbahner jederzeit der Gefahr ausgesetzt ist, abgebaut zu werden. Charakteristisch sind auch zahlreiche weitere Bemerkungen in dem Vortrag, die durch das Wort Demokratie zu oft gebraucht zu lassen (döllig läßt es sich nicht mehr ausrotten, so sucht man wenigstens seinen Gebrauch einzuschränken). Der ganze Vortrag mit dieser unterdrückten und später zensurierten Rede illustriert greiß das System der Rechtlosigkeit, unter dem die russische Arbeiterklasse leben muß.

### Wie sagt die Reichsregierung?

Wo steht die Ratifizierung des Abkommens?

Die Reichsregierung hat sich bisher noch nicht bezogen zum Inhalt an die bedeutungsvolle Erklärung des Außenministers zur Frage der Ratifizierung des Abkommens der Selbstbestimmung und vor allem der Selbstbestimmung, was von deutscher Seite zur Sicherung der Ratifizierung des internationalen Abkommens gegeben sein soll. Inzwischen ist zu dem Vorstoß des Außenministers ein ebenfalls bedeutender Schritt des russischen Arbeitsministers hinzugekommen, nach dem Frankreich die eine Bedingung stellt, daß Deutschland auch hier.

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß die Gewerkschaften mit Ungeduld auf ein Echo der Reichsregierung warten. In Genf hat die Regierung noch tützlich zu tun, daß sie mit Eifer und Fleiß einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung vorbereitet. Bis jetzt hat die Reichsregierung kein festbares Zeichen dieses Eifers beobachtet.

Wenn der Reichsregierung an der Ratifizierung wirklich gelegen wäre, dann müßte sie sich gerade jetzt beeilen, ihren Willen zur Ratifizierung klar und eindeutig zu äußern, damit Frankreich und auch die übrigen Hauptmächte wissen, woran sie sind. Aber die Regierung hat gar keine Eile.

### 25 000 Berliner Bauarbeiter im Streik.

Seit Sonnabend befinden sich die Bauarbeiter Berlins im Streik. Die Arbeit ist auf allen Bauten eingestellt. Nur die Bauhütten sind in Tätigkeit.

### Auch in Worzheim streiken 20 000 Arbeiter.

Karlsruhe, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Seit Sonnabend streiken 20 000 Arbeiter der Worzheimer Schmelzwerke im Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne. Der Streiksausschuß hatte die Mindestlöhne von 80 auf 72 Pf. pro Stunde und die Akkordbasis auf 88 Pf. erhöht. Der Streiksausschuß lagte in der Begründung seines Schiedsverfahrens, daß die überakt aufstrebenden Lohnforderungen der Arbeiter nicht auf die gewerkschaftlichen Spitzenorganisation zurückzuführen seien, daß der Grund dafür vielmehr in der überakt bestehenden schlimmen Lage der Arbeiterklasse, besonders der verheirateten Arbeiter und ihrer Familien, zu suchen sei. Die zahlreichen Streiks seien nicht als „ein leichtes Vorzeichen“ der Arbeiterklasse zu beurteilen, sie seien vielmehr ein Aufbäumen der Massen gegen ihre unerträgliche wirtschaftliche Lage. Es müsse zur Verbesserung der Lage der Arbeiter jetzt etwas Energisches geschehen, wenn dabei Härten der Unternehmer auch unvermeidlich seien. Die Begründung auf die infolge der geplanten Lohnerhöhung bereits jetzt bestehende Erhöhung der Preise für Lebensmittel hin und die Notwendigkeit, dieser und der noch zu erwartenden Erhöhung der Lebenshaltung schon jetzt bei der für viele Monate dauernden Lohnverhandlung Rechnung zu tragen. Der Landesrat für Baden hat sich dieser Begründung des Schiedsverfahrens nicht anschließen können und die beantragte Erhöhung des Schiedsverfahrens abgelehnt. Auf Grund dieser Ablehnung haben die Arbeiter die für Sonntag Mittag angekündigte Ausspernung ihrer Arbeitgeberin beschlossen. Die Arbeiter aber haben die Arbeit nicht abgelehnt, da sie gewillt sind, zu den alten Löhnen weiterzuarbeiten. Damit zu rechnen, daß zu den bereits im Kampf stehenden Arbeitern noch 10 000 weitere hinzukommen und das ganze Worzheimer Industriegebiet zu einem gefährlichen Kampf wird.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

### Streik der Rheinischer Arbeiter.

Die Rheinischer Arbeiter haben die Arbeitnehmer den 8. Juli gestellten Schiedsverfahren angenommen. Die Arbeitgeber haben den Schiedsverfahren abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens für den 15. Juli angesetzt.

„Jüngling des landwirtschaftlichen Hauptverbandes kritisierte und in Gemeinschaft mit dem Schlichter darauf aufmerksam machte, daß die Ablehnung des Schiedsverfahrens eine noch weitere Abwanderung der Arbeitskräfte vom Lande zeitigen werde, was der landwirtschaftliche Hauptverband nicht zur freiwilligen Annahme des Schiedsverfahrens zu bewegen. Der ansetzende Standes des Verbandes erklärte ganz grob, daß auch bei einem weiteren Abgang von Arbeitern die Getreiderente unter Dach gebracht werden würde. Die Landwirte werden dann eben Reichswehrsoldaten dazu beschreiben, denen sie pro Tag 5 bis 4 Mark Entschädigung zahlen.“

Die Reichswehrsoldaten sollen also die Hausierer spielen und die landwirtschaftlichen Arbeiter zwingen, zu einem niederen Lohn zu arbeiten. In dem von dem Bauernbund regierten Württemberg ist man so an allerlei Uebervorteilungen gewöhnt, daß man aber Landarbeiter durch Reichswehrsoldaten ersetzt, nur einen Lohn zahlen zu brauchen, das geht doch über die Hausierer.

Wegen die geplante Abfahrt der württembergischen Landwirte ist entschieden zu protestieren und von den maßgebenden Stellen zu verlangen, daß eine etwaige Abwanderung von Reichswehrsoldaten in der Landwirtschaft vorher genau geprüft und erzwungen wird, ob sie unbedingt notwendig erscheint.

### Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten.

Die der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, ist der Schiedsverfahren vom 7. April 1925, der die Verlängerung des Tarifvertrages für das Deutsche Bankgewerbe bis zum 31. Dezember 1925 sowie eine 1-prozentige Gehaltssteigerung bis zum 31. August 1925 vorsieht, mit Wirkung vom 1. April 1925 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Für die vorangegangene Tarifverhandlung vom Dezember 1924 ist die Allgemeinverbindlichkeitserklärung mit dem 1. März 1925 ausgesprochen worden.

### Der Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Auf dem Verbandstag der Fabrikarbeiter in Leipzig sprach am Donnerstag abend Genosse S. Schmidt über die Abwanderung des Verbandes unter besonderer Berücksichtigung der Jugendbildung. In eigener Verbandsschule war 235 Mitglieder die Möglichkeit der Teilnahme an Bildungstagen gegeben. Nicht weniger als 54 000 Mark hat der Verband für Bildungsbefreiungen ausgegeben. In der Aussprache fand diese Tätigkeit des Verbandes auch rückhaltlose Anerkennung. In einer Entschließung wird verlangt, daß vor allem den jugendlichen Fabrikarbeitern in Anbetracht ihrer unzulänglichen Schulbildung weitestmögliche Gelegenheiten geboten werden, ihr Wissen zu erweitern, sich besonders mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen. Die Förderung der Jugendbewegung wird in der Entschließung, nicht nur das gesamte Verbandesleben befruchtend beeinflussen, sondern sie ist auch geeignet, die gesellschaftliche und tarifliche Regelung des Jugendlohnes und die gesellschaftliche Einbürgerung der Jugend für die erwirtschaftliche Jugend, sowie Jugendpflege und -fürsorge vorwärts zu treiben. Arbeit für die Jugend ist wichtige Zukunftsaufgabe. Am zweckmäßigsten hält es der Verband, die gewerkschaftliche Jugend gemäß den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses in Jugendstellen zusammenzufassen. Den Jugendstellenleitungen macht es der Verbandstag zur Pflicht, bei den Ortsausstellungen des ADGB für die Gewinnung von Jugendstellen zu wirken.

Am Freitag hielt Genosse Schmidt ein Referat über die Forderungen des Verbandes an das künftige Arbeitsrecht und die soziale Gesetzgebung. Er warnte davor, die Ausarbeitung des neuen Arbeitsgesetzes allein den Juristen und Wissenschaftlern zu überlassen. Die Bedeutung der Sozialgesetzgebung springt sofort in die Augen, wenn man bedenkt, daß in Deutschland 24 Millionen gegen Krankheit, 18 Millionen gegen Unfall und 16 Millionen gegen Invalidität versichert sind. In einer Gesellschaft, die zur Annahme kam, wurde als dringende Forderung angestellt, von modernen Grundfragen aus ein neues Arbeitsrecht zu schaffen, das als autonomes Recht vor Ausarbeitung und Überarbeitung stehen muß. „Arbeitsgerichte, in allen Teilen unabhängig von der Justiz, müssen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse ohne juristischen Formalismus Recht sprechen.“

Die Bildung von Arbeitsstellen ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Die Arbeitskraft, als Gut der Nation bewertet, ergibt, daß die Sozialversicherung von heute den Voraussetzungen und Anforderungen nicht entspricht. Erfolg für Jugendpflege genügt nicht mehr.

In der Zukunft muß jede Arbeitsunfähigkeit, ganz gleich, auf welche Ursachen sie zurückzuführen ist, in Fürsorge genommen werden. Durch dieses System läßt sich die Verwaltung sehr einfach gestalten, es fallen auch die kostspieligen Feststellungen, Untersuchungen und die Spruchverfahren weg.

Bis dieses Ziel erreicht ist, muß vor allem die Gewerkschaften fürsorge als Zweck der Sozialversicherung unter möglichst Anlehnung an die bestehenden Einrichtungen umgestaltet werden. Es muß ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung und weitestgehende Selbstverwaltung gewährleistet sein.

Gegen den geplanten Abbau der öffentlichen Beschäftigung durch die Reichswehrsoldaten durch Beschäftigung der Zivilbevölkerung muß Protest erhoben werden.

### Weitere Ausdehnung des belagerten Metallarbeiterstreiks.

Karlsruhe, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Metallarbeiter der Provinz Württemberg haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Augenblicklich beträgt die Zahl der streikenden Metallarbeiter 44 848. Der Streik der Ruhrarbeiter ist in den Zeitungsberichten vermisst, aber es scheint unvermeidlich zu sein in den Werkstätten.

### Die Delegiertenwahlen der Breslauer Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongress.

Die am Sonntag, den 12. Juli, stattgefundenen Wahlen der Delegierten zum Deutschen Gewerkschaftskongress haben folgenden Resultat ergeben:

Stimmen wurden	265 Stimmen
Auf Liste A entfielen	106 Stimmen
Auf Liste B entfielen	89 Stimmen
Ungültig waren	70 Stimmen

Diese Zahlen haben mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Breslauer Metallarbeiter Anhänger der Ruhrarbeiter Gewerkschaft sind.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

### Deutscher Reichsbahnarbeiterverband.

Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert. Der Reichsbahnarbeiterverband hat am Sonntag, den 12. Juli, seinen 10. Jahrestag gefeiert.

